

Verein Politbeobachter
3000 Bern
info@politbeobachter.ch

Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen
3003 Bern

1. März 2024

Vernehmlassung Postgesetz

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nutzen wir die Gelegenheit und nehmen zu den geplanten Änderungen des Postgesetz Stellung.

Abhängigkeit des Staates

Durch die Subventionierung von Medien durch den Staat entsteht ein Abhängigkeitsverhältnis. Dieses kann die Funktion der Presse als Überwacherin der drei Staatsgewalten gefährden. Deshalb sind Mediensubventionierungen problematisch. Im vorgeschlagenen Entwurf kommt dem Bundesrat die Funktion für Genehmigungen und Festlegung von Kriterien zu. Dies gibt der Exekutive eine zusätzliche Macht, welche die Unabhängigkeit der Medien bedroht.

Diskriminierung von Online Medien

Durch die explizite Subventionierung von Printprodukten, werden Online-Medien diskriminiert. In den vergangenen Jahren hat sich eine grosse Vielfalt von Medien gebildet, welche sich auf einzelne Regionen fokussieren und ausschliesslich über das Internet distribuiert werden. Diese wären gegenüber Printmedien benachteiligt.

Unnötige Strukturierung

Obwohl der Gesetzesvorschlag mit der digitalen Transformation von Medien begründet wird, werden ausschliessend Printprodukte finanziell unterstützt. Digitalisierung ist keine neue Herausforderung und betrifft nicht nur die Medienbranche. Es ist nicht Aufgabe des Staates, diese Strukturänderungen zu finanzieren.

Bundesfinanzen nicht unnötig strapazieren

Mit den vorgeschlagenen Erhöhungen der Subventionen von Printmedien, wird das Bundesbudget zusätzlich belastet. In Zeiten von Sparmassnahmen ist dies nicht nachvollziehbar.

Volkswille

Im Februar 2022 hat das Schweizer Stimmvolk das Medienpaket mit 54% abgelehnt. Eine Erhöhung der indirekten Presseförderung würde dem Volkswillen widersprechen.

Aus den genannten Gründen ist die Anpassung des Postgesetzes in der von der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen vorgeschlagenen Form abzulehnen.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Burri, Co-Präsidentin

Josef Ender, Co-Präsident